

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 30. Mai 2023 in Brüssel

Am 30. Mai 2023 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen die Vorbereitung des Europäischen Rates am 29./30. Juni 2023, die Werte der Union in Ungarn sowie die Rechtsstaatlichkeit in Polen. Unter „Sonstiges“ wurde die EU-Wahlrechtsreform angesprochen. Polen informierte über nationale Maßnahmen zu Belarus.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 29./30. Juni 2023

Es fand ein Austausch auf Basis des Entwurfs der erläuterten Tagesordnung für den Europäischen Rat am 29./30. Juni 2023 statt.

Die Ministerinnen und Minister gingen auf die aus ihrer Sicht besonders wesentlichen Schwerpunkte ein. Ich forderte insbesondere eine substantielle Diskussion zu Migration sowie, angesichts der bestehenden Probleme und in Verfolg der Diskussionen des Europäischen Rates im Februar und März, klare weitere Vorgaben zu Migration durch den Europäischen Rat im Juni, insbesondere in Bezug auf die externe Dimension von irregulärer Migration.

Zum Thema Wirtschaft hob ich den erfolgreichen Übergang hin zu erneuerbarer Energie, inklusive rascheren Genehmigungsverfahren, als besonders wesentlich hervor. Außerdem bekräftigte ich erneut, dass Nuklearenergie nicht mit erneuerbarer Energie gleichgesetzt werden dürfe. Bezüglich der Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung unterstrich ich die Notwendigkeit der Rückkehr zu den Konvergenzkriterien für die Staatsverschuldung sowie der Vermeidung von Ausnahmen.

Zum Thema Sicherheit und Verteidigung unterstützte ich die EU-Initiativen zur Förderung des gemeinsamen Beschaffungswesens.

Zum Thema Außenbeziehungen sprach ich die Notwendigkeit einer klaren EU-Strategie gegenüber China an, nicht zuletzt im Hinblick auf die Rolle der EU als ernstzunehmender globaler Akteur. Im Hinblick auf die Vorbereitungen des Gipfeltreffens zwischen der EU und der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten am 17./18. Juli 2023 verwies ich auf die verbindlichen Beschlüsse des österreichischen Nationalrates und Bundesrates betreffend das Abkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten.

Schließlich betonte ich die Bedeutung der Diskussion zur Ukraine beim Europäischen Rat.

Werte der Union in Ungarn sowie Rechtsstaatlichkeit in Polen: Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV (begründeter Vorschlag)

Es fanden die jeweils insgesamt sechsten Anhörungen Ungarns und Polens im Rat im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 EUV statt. Ungarn stellte die rezenten Bemühungen vor, die Vorgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Polen betonte, alle Fragen des Verfahrens ausführlich beantwortet zu haben. Beide Mitgliedsstaaten plädierten daher für die Einstellung des Verfahrens. Der für Justiz zuständige EU-Kommissar Didier Reynders berichtete über die jüngsten Entwicklungen in Ungarn und Polen aus Sicht der Europäischen Kommission. Die Ministerinnen und Minister unterstrichen in der Diskussion die Wichtigkeit des Verfahrens nach Artikel 7 EUV und der Werte der EU und stellten Fragen u.a. zu den Bereichen Unabhängigkeit der Justiz, Vorrang des Unionsrechts, Medienfreiheit und -pluralismus sowie LGBTI-Diskriminierung. Ich begrüßte den engen Dialog zwischen der Europäischen Kommission und Ungarn und die Möglichkeit, im Rahmen der Anhörung offene Fragen zu besprechen. Ich betonte außerdem die Bedeutung der Unabhängigkeit der Justiz für die Rechtsstaatlichkeit und erkundigte mich nach dahingehenden Maßnahmen in Polen.

Sonstiges

Frankreich thematisierte den aktuellen Stand der Arbeiten zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Polen informierte über nationale Maßnahmen in Reaktion auf die Verurteilung eines belarussischen Journalisten.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

30. Juni 2023

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin